




Sorgen um die Versorgung

Metallrohstoffe. Die Unternehmen in der rohstoffarmen Bundesrepublik sind komplett auf den Import von Metallen angewiesen. Eine zunehmend unbequeme Lage, denn der internationale Rohstoffhandel ist noch lange nicht frei und fair. 

Nicht nur in Handys sind sie unentbehrlich, Metalle wie Kupfer, Stahl oder Kobalt stecken auch in vielen anderen Alltagsgeräten – vom Akkuschauber bis zum Navi. Herzschrittmacher, Autos und Windräder kommen ebenfalls nicht ohne aus.

Viele dieser Produkte werden in Deutschland hergestellt, obwohl es hierzulande keine nennenswerte Förderung von Metallrohstoffen gibt:

Die deutsche Industrie muss die benötigten Metalle zu 100 Prozent importieren.

Die meisten Rohstoffe werden jedoch nicht direkt nach Deutschland eingeführt, sondern indirekt über die Zulieferer von Vorprodukten. Ein Lieferantenausfall hätte daher ernste Konsequenzen (Grafik):

Rund 52 Prozent der Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes gehen von negativen Auswirkungen aus, falls ein Lieferant von metallenen Vorprodukten längerfristig ausfällt.

Zu den Lieferrisiken kommt ein immenser Preisdruck: Seit 1999 stieg der Industriemetallpreisindex, der die wichtigsten Metalle für die deutsche Industrie erfasst, um das Zweieinhalbfache (Grafik Seite 2-3).

Da all diese Rohstoffe importiert werden müssen, schränkt die Preisexplosion die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Firmen ein: So sieht sich rund die Hälfte der Betriebe benachteiligt gegenüber Wettbewerbern, die ihren Sitz in Rohstoffländern haben. Diese Konkurrenten profitieren nicht nur von niedrigeren Einkaufspreisen für Metallrohstoffe, sie müssen oft auch weniger Auflagen beachten, werden mittels →

Rohstoffe: Große Abhängigkeit

So viel Prozent der deutschen Industrieunternehmen erwarten bei einem längerfristigen und ungeplanten Ausfall eines Lieferanten von metallenen Vorprodukten ...

... „negative Auswirkungen, weil wir sehr von den Vorprodukten abhängig sind und wir keine Alternativstrategie haben“.

52,1

... „weniger negative Auswirkungen, weil wir das Vorprodukt auch über andere Lieferanten beziehen können“.

45,5

... „weniger negative Auswirkungen, weil wir das Vorprodukt auch durch andere Materialien ersetzen können“.

0,7


... „weniger negative Auswirkungen, weil wir das Vorprodukt zwar nur zu höheren Kosten beziehen können, dies jedoch nicht stark ins Gewicht fällt“.

0,5

... „keine negativen Auswirkungen“.

1,2

Befragung von 412 Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes im März und April 2013
Quelle: IW-Zukunftspanel

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2013 IW Weiten - iwd 24 - Foto: Michael Pohl - MEV

Arndt Günter Kirchoff ist neuer IW-Präsident



Die Mitgliederversammlung des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) hat am 12. Juni 2013 Arndt Günter Kirchoff zum neuen ehrenamtlichen Präsidenten gewählt. Er folgt Dr. Eckart John von Freyend nach, der das Amt seit 2007 innehatte.

Der 1955 geborene Diplom-Wirtschaftsingenieur Kirchoff ist Geschäftsführender Gesellschafter und CEO der KIRCHHOFF Holding GmbH & Co. KG. Die im sauerländischen Iserlohn

ansässige Unternehmensgruppe zählt mit rund 10.500 Mitarbeitern und einem Jahresumsatz von 1,5 Milliarden Euro zu den bedeutendsten mittelständischen Firmen der Autozuliefererbranche.

Darüber hinaus ist Arndt Günter Kirchoff u.a. Mitglied der Präsidien von BDI und BDA, Vorstandsmitglied des Verbandes der Automobilindustrie (VDA), Vizepräsident von Metall NRW und Vorstand des Arbeitgeberverbandes Olpe.

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Präsident:
Arndt Günter Kirchoff
Direktor:
Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder:
Verbände und Unternehmen
in Deutschland

→ Handelsschranken bevorteilt und tragen aufgrund der kürzeren Wege ein geringeres Transportrisiko.

Die deutsche Industrie hat auf diese Entwicklung bereits reagiert. Vor allem größere Unternehmen versuchen, ihre Rohstoffrisiken zu minimieren, indem sie langfristige Verträge mit mehreren Lieferanten abschließen. Außerdem wird ein Produkt heutzutage mit durchschnittlich 30 Prozent weniger Rohstoffen hergestellt als noch 1994.

Kleinere Betriebe tun sich allerdings noch schwer. Jedes vierte Kleinunternehmen in Deutschland unternimmt gegen Versorgungsrisiken gar nichts. Das mag auch daran liegen, dass manche Betriebe – unabhängig von ihrer Größe – nicht wissen, ob und welche Rohstoffe in ihren Produkten stecken: Jedes zehnte Unternehmen in Deutschland kann keine Angaben darüber machen, ob Leichtmetalle in seinen Vorprodukten oder in den eigenen Produkten verarbeitet werden.

Nur drei von vier Unternehmen wissen, ob in ihrer Herstellung Seltene Erden benötigt werden.

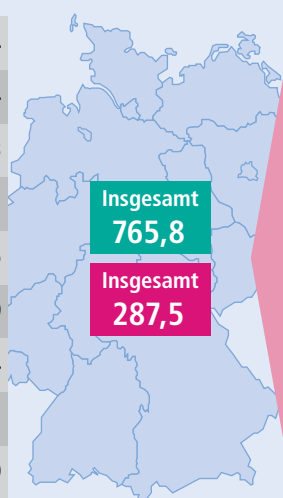
Doch nicht nur die Industrie kann dafür sorgen, dass für ihre Produktion genügend Rohstoffe verfügbar sind, auch der Politik kommt eine Schlüsselrolle zu. Zu ihren Aufgaben zählt es z. B., auf internationaler Ebene für einen freien und fairen Rohstoffmarkt einzutreten sowie die Forschungsförderung auszubauen, um die Rohstoffeffizienz, das Recycling sowie die Entwicklung neuer Fertigungsprozesse zu forcieren.

Gutachten
 Hubertus Bardt,
 Hanno Kempermann,
 Karl Lichtblau:
 Rohstoffe für die Industrie
www.iwmedien.de/studien/gutachten

Steine aus dem Inland

So viele Millionen Tonnen nicht erneuerbarer Rohstoffe förderte Deutschland 2010 selbst

Gebrochene Natursteine, Feldsteine, Kiese	322,4
Braunkohle	169,4
Bausande, andere natürliche Sande	120,3
Kalk-, Gipsstein, Anhydrid, Kreide, Dolomit, Schiefer	60,1
Salze	26,5
Steinkohle	12,9
Kieselsaure Sande und Quarzsande	12,4
Kaolin und andere Spezialtone	12,1
Erdgas	10,9
Insgesamt	765,8



Insgesamt 287,5

Öl aus dem Ausland

So viele Millionen Tonnen nicht erneuerbarer Rohstoffe führte Deutschland 2010 ein

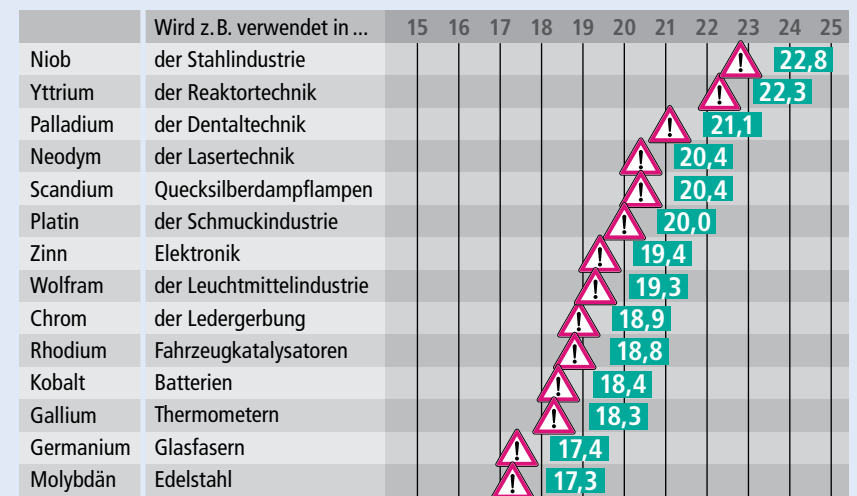
Erdöl	91,3
Erdgas	83,4
Eisenerz	43,2
Steinkohle	39,4
Baumineralien	15,8
Industriemineralien	9,8
Aluminiumerz	2,0
Sonstige Erze	1,5
Kupfererz	1,1

Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

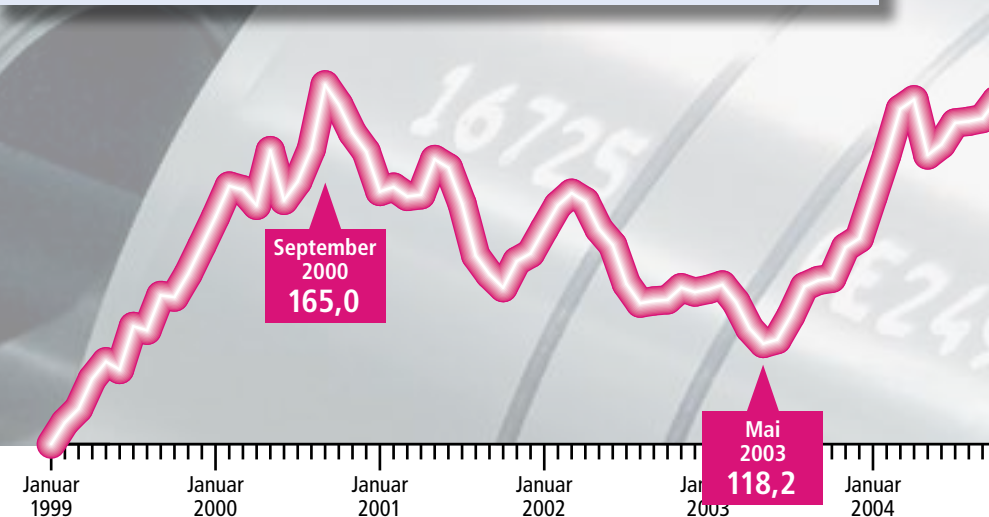
Bei diesen Stoffen wird's kritisch

Deutsche Unternehmen müssen mit großen Preis- und Versorgungsrisiken bei diesen Rohstoffen rechnen. Skalierung von 0 = kein Risiko bis 25 = sehr hohes Risiko



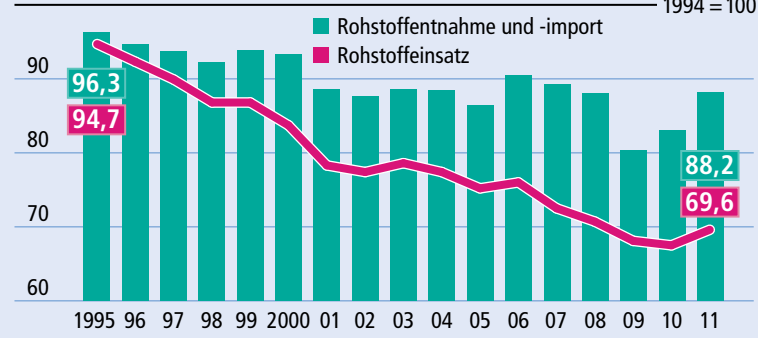
Quelle: Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft / IW Köln Consult

Institut der deutschen Wirtschaft Köln



Effizienterer Einsatz von Rohstoffen

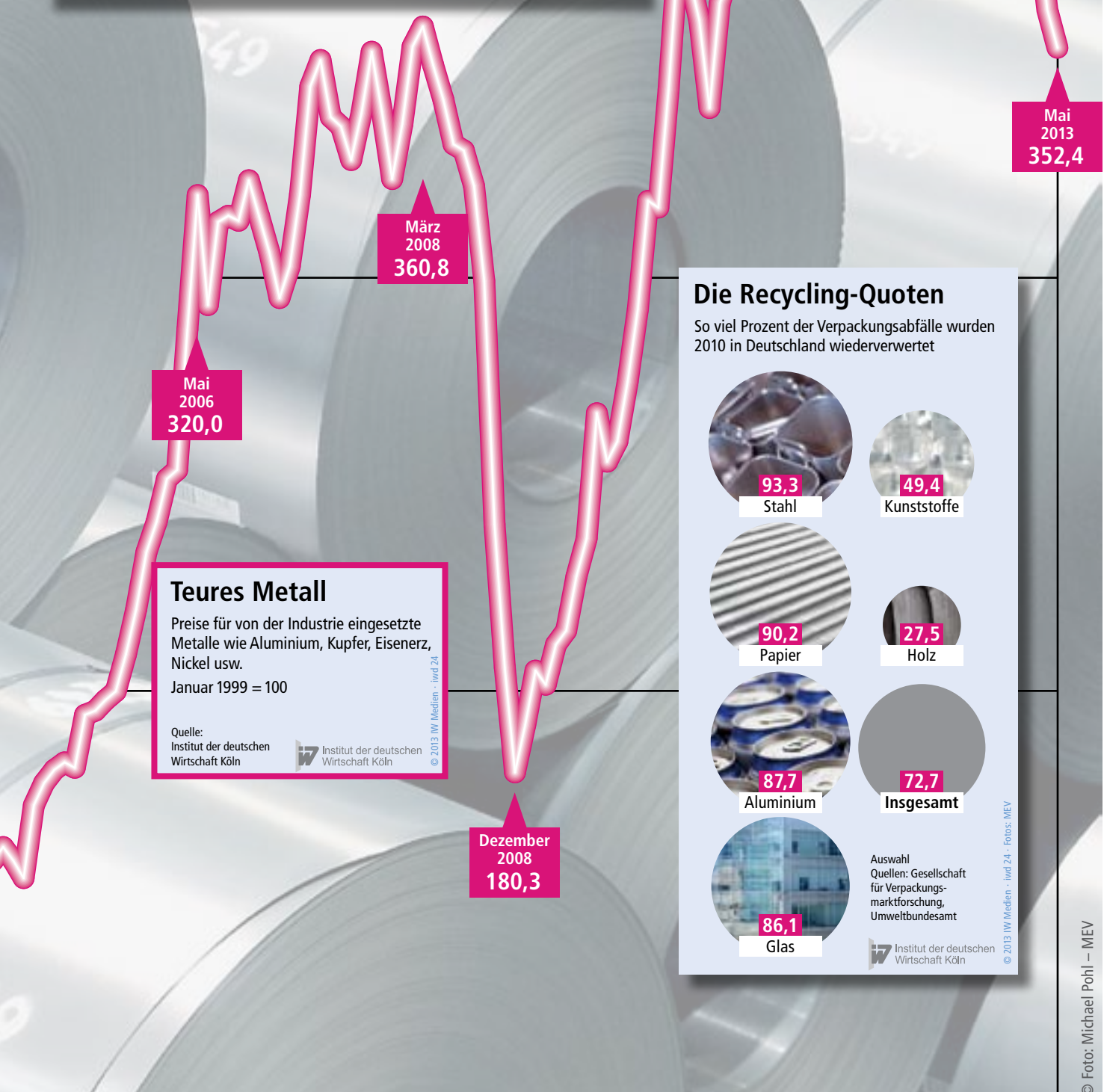
Rohstoffeinsatz in Deutschland je Einheit des realen Bruttoinlandsprodukts



Quelle: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - Iwd 24



Teures Metall

Preise für von der Industrie eingesetzte Metalle wie Aluminium, Kupfer, Eisenerz, Nickel usw.

Januar 1999 = 100

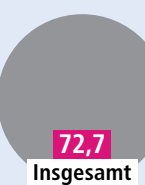
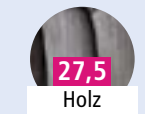
Quelle:
Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - Iwd 24

Die Recycling-Quoten

So viel Prozent der Verpackungsabfälle wurden 2010 in Deutschland wiederverwertet




Auswahl
Quellen: Gesellschaft
für Verpackungsmarktforschung,
Umweltbundesamt

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - Iwd 24 - Fotos: MEV

© Foto: Michael Pohl - MEV

Ängste sind übertrieben

Währungskrieg. Seit die japanische Zentralbank viel Geld in die Märkte pumpt und der Yen kräftig abgewertet hat, befürchten manche Beobachter einen Währungskrieg. Doch zumindest bislang sind die Folgen der Wechselkursänderungen wenig dramatisch und taugen schon gar nicht als Begründung für neue Handelshürden. 

Dass das Thema Währungskrieg bei Ökonomen und Politikern für so viel Aufregung sorgt, dürfte nicht zuletzt auf die leidvollen Erfahrungen mit einem solchen Abwertungswettlauf zurückzuführen sein (Kasten).

Aktueller Anlass für die Debatte ist die expansive Geldpolitik der japanischen Zentralbank unter ihrem neuen Chef, Haruhiko Kuroda. Um die Wirtschaft nach langer Flaute anzukurbeln, will die Notenbank innerhalb von zwei Jahren umgerechnet mehr als 1 Billion Euro in den Geldkreislauf pumpen – unter anderem über den Ankauf von Staatsanleihen. Bereits seit ihrem Amtsantritt Ende 2012 hat die Re-

gierung unter Premier Shinzo Abe die Zentralbank zu solch offensiven Maßnahmen gedrängt.

Wie stark die jüngsten Aktionen die Wirtschaft künftig beleben können, bleibt abzuwarten. Tatsache ist jedenfalls, dass die japanische Währung bereits seit Monaten auf Talfahrt ist (Grafik):

Im Herbst 2012 kosteten 100 Yen an den Devisenmärkten 1 Euro – Ende Mai 2013 nur noch 0,77 Euro.

Die Folgen sind unter Wirtschaftsexperten umstritten. Kritiker befürchten unter anderem, dass Japan mittelfristig in eine noch tiefere Krise rutschen und die einmal ausgelöste Inflation außer Kontrolle geraten könnte (Interview).

Was ist ein Währungskrieg?

Darunter versteht man eine Entwicklung, bei der mehrere große Länder ihre Währung gezielt abwerten. Weil dies die Exporte verbilligt, kann ein einzelnes Land einen Teil der globalen Nachfrage zulasten anderer Länder umlenken und so seine Handelsbilanz verbessern. Je mehr Länder jedoch diese Strategie verfolgen, umso kleiner sind die Effekte. Am Ende droht ein globaler Abwertungswettlauf, der keinem der Beteiligten nützt.

Ein drastisches Beispiel für einen Währungskrieg war die Entwicklung in den 1930er Jahren, als zunächst Großbritannien, dann aber immer mehr Staaten die damals vorherrschende Goldbindung ihrer Währung aufgaben. Schlimmer noch: Es blieb nicht bei Abwertungen, sondern die Staaten erhöhten auch ihre Einfuhrzölle immer stärker. Dies ließ den Welthandel am Ende zusammenbrechen, die Weltwirtschaft geriet in eine schwere Krise.

Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) beurteilt die Auswirkungen von Tokios Geldpolitik weniger negativ. Vor allem ist zu beachten, dass die jüngste Yen-Abwertung im Wesentlichen den vorherigen Höhenflug wettgemacht hat:

Bis zum Sommer 2012 hatte der japanische Yen gegenüber dem Sommer 2008 um mehr als 70 Prozent aufgewertet.

Sofern sich also der Wechselkurs des Yen auf dem derzeitigen Niveau stabilisiert und damit die Handelsbilanz Japans nicht allzu stark ins Plus schießt, ist harsche Kritik an der japanischen Politik zunächst einmal unangebracht.

Auch in der Eurozone sind daher nach jetzigem Stand viele Ängste unbegründet – und Forderungen aus Frankreich nach einer aktiven Wechselkurspolitik seitens der Europä-

Japanischer Yen: Berg- und Talfahrt

Je 100 Yen kosteten ... Euro

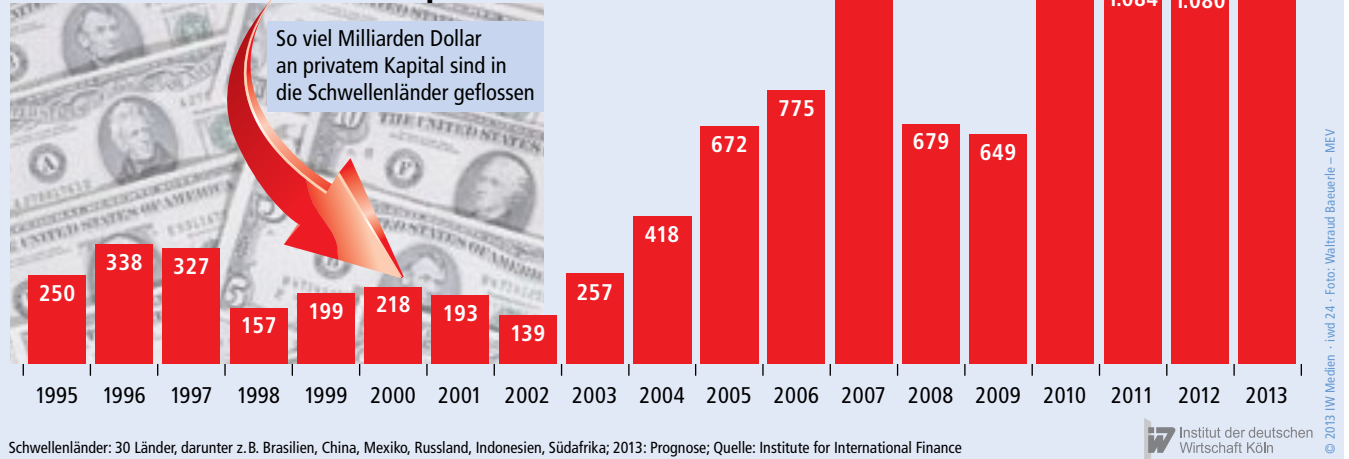


Monatsendwerte; Quelle: Bloomberg

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - iwv 24 - sakura - Fotolia.com

Schwellenländer ziehen Kapital an



ischen Zentralbank überzogen. Schließlich konnten die Euroländer im Handel mit Drittstaaten im vergangenen Jahr erstmals seit 2004 wieder einen Überschuss von etwa 100 Milliarden Euro erzielen. Die Yen-Abwertung ließ den Wechselkurs des Euro gegenüber den Währungen aller wichtigen Handelspartner der Euroländer nur moderat steigen. Europa dürfte die jüngsten Wechselkursverschiebungen also durchaus verkraften.

Die Währungssorgen einiger Schwellenländer erscheinen bei näherem Hinsehen ebenfalls übertrieben. Zwar hat die Niedrigzinspolitik der Industrieländer viel Kapital in aufstrebende Staaten mit höherem Zinsniveau wie Brasilien, China oder Russland getrieben (Grafik):

Im Jahr 2013 ziehen die Schwellenländer insgesamt voraussichtlich 1.100 Milliarden Dollar privates Kapital an – zehn Jahre zuvor waren es nur etwa 250 Milliarden Dollar.

Doch obwohl der Kapitalzufluss beispielsweise zur starken Aufwertung des brasilianischen Real beigetragen hat, konnte Brasilien weiterhin Handelsüberschüsse erwirtschaften – im vergangenen Jahr etwa betrug der Exportüberschuss fast 20 Milliarden Dollar. Mehr als die bisherigen dosierten Maßnahmen zur Wechselkursstabilisierung muss Brasilien also keineswegs ergreifen – zumal der Aufwertungsdruck zuletzt

trotz der neuen japanischen Geldschwemme nachgelassen hat.

Viel wichtiger ist, dass der angebliche Währungskrieg nicht als Begründung für einen neuen Protektionismus dient, denn dieser könnte der Weltwirtschaft erheblich stärker schaden. Hier besteht tatsächlich Anlass zur Sorge. So hat beispielsweise Brasilien die Einfuhrzölle auf breiter Front erhöht – unter anderem für Autos, Stahlbleche und Papier.

+ Nachgefragt +++ Nachgefragt +++ Nachgefragt +++



... bei Dr. Georg Erber, wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung „Wettbewerb und Verbraucher“ im Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung Berlin

Welche unmittelbaren Gefahren gehen Ihrer Meinung nach von der jüngsten Yen-Abwertung aus?

Die Yen-Abwertung hat natürlich Konsequenzen für die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Eurozone und damit auch für die deutsche Wirtschaft. Insbesondere der Fahrzeugbau und der Maschinenbau konkurrieren ja auf den Weltmärkten intensiv mit japanischen Herstellern. Verändern sich die relativen Preise zwischen diesen Unternehmen, beeinflusst dies auch den Wettbewerb.

Aber für Japan zahlt sich der schwächere Wechselkurs aus, oder?

Die Exportwirtschaft profitiert zunächst. Dennoch birgt die japanische Politik auch für das eigene Land erhebliche Risiken. So macht der durch die Yen-Abwertung ausgelöste Börsenboom japanische Staatsschuldverschreibungen unattraktiv. Zur Finanzierung seiner Schulden muss Japan daher wohl verstärkt die Notenpresse anwerfen. Die Inflation könnte dann weit stärker steigen als angestrebt, was die Binnenkonjunktur abwürgen würde. Damit wäre die Gesundung der japanischen Volkswirtschaft erst einmal weit entfernt. Sollten Handelspartner wie die USA zudem Japan als Währungsmanipulator brandmarken und Sanktionen ergreifen, würde sich die Krise verschlimmern.



IW policy papers
9/2013

Jürgen Matthes:
Die These vom vermeintlichen globalen Währungskrieg und das Trilemma der internationalen Währungspolitik
www.iwkoeln.de/studien/iw-policy-papers

Wohin mit der erneuerbaren Energie?

Energiewende. Bis spätestens 2020 soll der Anteil erneuerbarer Energie am gesamten Stromverbrauch in Deutschland auf mindestens 35 Prozent steigen, bis 2050 sogar auf 80 Prozent. Ein Problem dabei ist allerdings, dass Wind und Sonne nicht immer zu dem Zeitpunkt Energie liefern, zu welchem wir sie brauchen. Daher spielen Stromspeicher für die Energiewende eine zentrale Rolle.

Der Wind pustet ordentlich und trotzdem stehen die Rotoren des Windkraftwerks still. Kein seltenes Bild in Deutschland. Das Netz kann den Strom, der erzeugt werden würde, einfach nicht immer aufnehmen. Weht umgekehrt mal kein Wind oder die Sonne scheint nicht, fehlt es wiederum an Strom. Der Ausbau der erneuerbaren Energien führt so dazu, dass die Stromerzeugung schlechter vorhersagbar ist und sehr viel stärker schwankt.

Laut einer Studie des Verbands der Elektrotechnik Elektronik Informationstechnik (VDE) würde bei einem Anteil von 40 Prozent erneuerbarer Energien in gerade mal 44 der 8.765 Stunden eines Jahres zu viel Strom erzeugt – bei einem Anteil von 80 Prozent explodiert dieser Wert auf 2.329 Stunden.

Will man diesen überschüssigen Strom speichern und später nutzen, müssten in Deutschland etwa 16 bzw. 28 Gigawatt Kurzzeitspeicher wie Pumpspeicherkraftwerke oder Druckluftspeicher zusätzlich gebaut werden, also mindestens etwa das Doppelte der existierenden Speicherleistung (Kasten).



Statt ausschließlich weitere Speicher zu bauen, ist es laut der Studie des VDE bei einem Anteil von mindestens 40 Prozent erneuerbarer Energien günstiger, die Produktion

zu begrenzen. Dann entstände überschüssige Energie erst gar nicht. Denn egal welche Speichertechnologie man wählt, sie ist vergleichsweise teuer (Grafik).

Stromspeicher

Pumpspeicherkraftwerk.

Wenn überschüssiger Strom vorhanden ist, wird Wasser von einem niedrigen in ein höher gelegenes Becken gepumpt. Ist der Strom knapp, fließt das Wasser durch Turbinen wieder zurück und erzeugt so Strom. Pumpspeicherkraftwerke sind wirtschaftlich, allerdings können sie nicht überall in Deutschland gebaut werden.

Druckluftspeicher.

Befindet sich überschüssiger Strom im Netz, wird Luft durch Kompressoren verdichtet und in unterirdischen Hohlräumen gespeichert. Fehlt Strom, wird die Druckluft aus diesen Hohlräumen genutzt, um Turbinen anzutreiben und Strom zu generieren. Diabate Druckluftspeicher sind sehr flexibel, aber nicht sehr wirkungsvoll. Denn die eingespeicherte Druckluft muss durch Erdgas erwärmt werden, damit Strom erzeugt werden kann. Die Hoffnung ruht auf adiabaten Druckluftspeichern. Diese können auch die entstehende Wärme speichern und wieder nutzen.

Redox-Flow-Batterien.

Auch bekannt als Flüssigbatterien speichern sie Energie in chemischen Verbindungen, wobei beliebig große Tanks als Speicherort dienen. Redox-Flow-Batterien weisen nahezu keinen Verschleiß auf und können sich nicht selbst entladen, sodass Energie auch sehr lange gespeichert werden kann.

Lithium-Ionen-Akkus.

In Laptops und Handys sind sie bereits Standard. Lithium-Ionen-Batterien haben eine hohe Energiedichte und keinen „Memory-Effekt“, also keinen Kapazitätsverlust bei häufigem Laden.

Die Wiederbelebung der Industrie

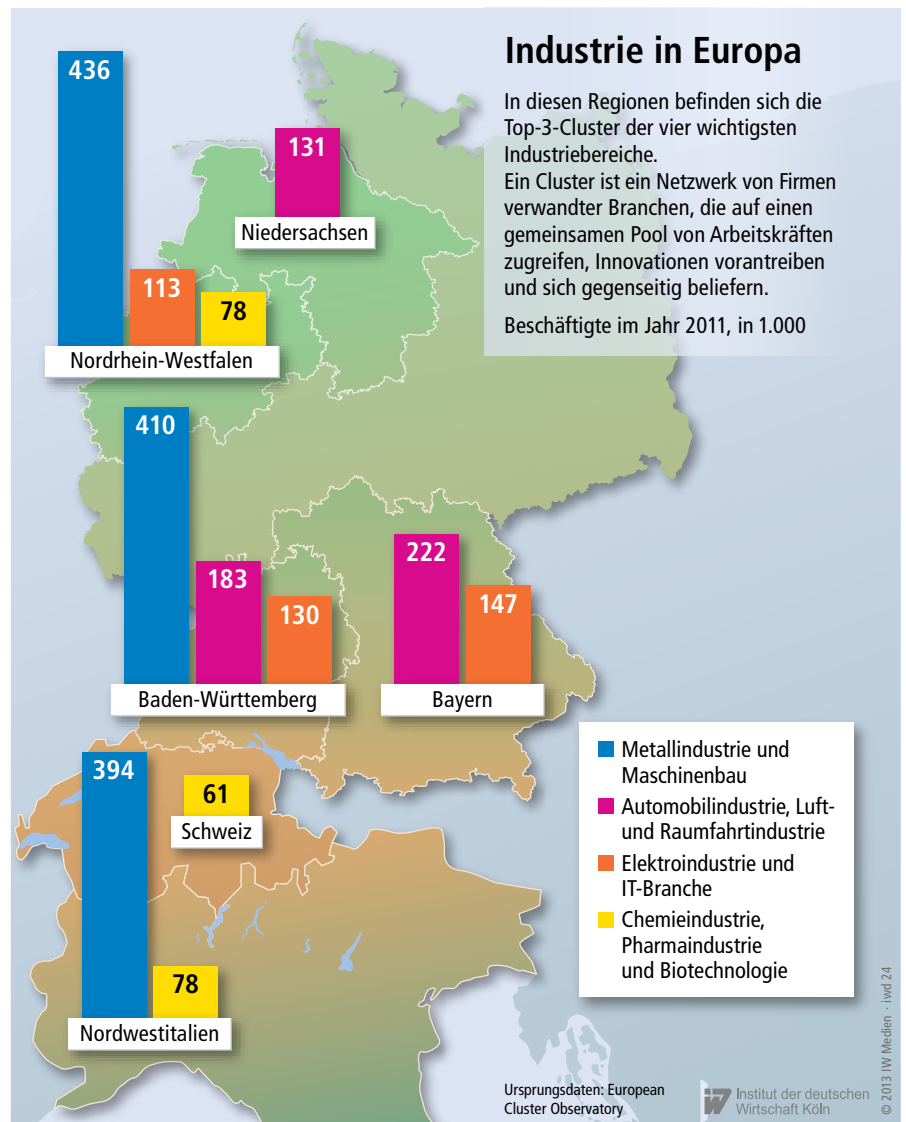
Branchencluster. Regionale Zusammenschlüsse von Unternehmen verwandter Branchen – sogenannte Cluster – greifen auf einen gemeinsamen Pool von Arbeitskräften zu, treiben Innovationen voran und beliefern sich gegenseitig. Diese Verbünde funktionieren in Deutschland sehr gut – und sollen jetzt die europäische Industrie ankurbeln.

Die Europäische Kommission will mit ihrer Strategie "Europa 2020" den Industrieanteil an der gesamten Bruttowertschöpfung der Union steigern – in den kommenden sieben Jahre von derzeit 16 auf 20 Prozent. Deutschland übertrifft dieses Ziel bereits (vgl. iwD 19/2013):

Rund 23 Prozent der deutschen Wertschöpfung erwirtschaftet die Industrie – im industriestarken Baden-Württemberg sind es sogar mehr als 30 Prozent.

Betrachtet man allerdings die regionale Verteilung der wichtigsten industriellen Wirtschaftszweige in der EU, dann gibt es nur wenig Hoffnung, dass sich aus den vorhandenen Clustern heraus eine Wiederbelebung der europäischen Industrie schaffen lässt.

Es gibt vier industrielle Kernbereiche: 1. Metallherzeugung, -verarbeitung und Maschinenbau, 2. Autoindustrie sowie Luft- und Raumfahrtindustrie, 3. Elektroindustrie, IT und Softwareentwicklung und 4. Chemieindustrie, Pharmaindustrie und Biotechnologie. In diesen Kernbereichen sind die großen Cluster – gemessen an der Beschäftigung – nahezu ausschließlich in Deutschland angesiedelt (Grafik). Hinzu



kommen nur noch die Schweiz und Norditalien; in der Metall- und Autoindustrie auch noch Tschechien.

Zwar gibt es einzelne Cluster in Randregionen wie die Chemieindustrie in Nordspanien. Doch weite Teile Europas sind fast deindustrialisiert. Selbst die klassischen Industrieländer Großbritannien und Frankreich verfügen nur noch über wenige Cluster, zum Beispiel die Standorte der Luft- und Raumfahrtindustrie im Raum Paris und im südfranzösischen Toulouse sowie die IT-Branche im Großraum London.

Da neue Branchencluster nur selten in bislang industrieschwachen Gebieten entstehen, erscheint es fraglich, ob die Europäische Union ihr Ziel über eine Clusterpolitik erreichen kann – beispielsweise durch die Förderung von Unternehmensnetzwerken und Forschungsk Kooperationen. Wichtiger sind bessere Rahmenbedingungen für den Industriesektor insgesamt – etwa in der Energie- und Umweltpolitik, der Ausbildung der knappen MINT-Fachkräfte und bei den Genehmigungen neuer Anlagen.

Die oberen zehn Prozent

Einkommensstarke Haushalte. Die Opposition möchte Vielverdiener stärker in die Finanzierung des Staates einbinden und deren Steuern erhöhen. Doch wer sind „die Reichen“ überhaupt – wie viel müssen sie verdienen, um dazuzugehören, und was machen sie beruflich?

Man nehme alle 80 Millionen Einwohner, stelle denjenigen Bürger an das eine Ende und platziere alle anderen in aufsteigender Folge daneben. Danach teile man die Reihe in zehn gleichgroße Gruppen (Dezile). Das oberste Zehntel wird von Politikern und Gewerkschaftern oft als „reich“ bezeichnet.

Wer sich jedoch einmal die Mühe macht zu recherchieren, wo das oberste Dezil anfängt, wird vielleicht überrascht feststellen: „Ups, auch ich gehöre dazu.“ Denn selbst das reichste Prozent der Deutschen hat weniger, als so mancher erwartet:

Statistiker sortieren Haushalte nach der Höhe ihres Einkommens und teilen sie dann in zehn gleichgroße Gruppen, sogenannte Dezile. Das zehnte Dezil ist dabei das Zehntel mit den höchsten Nettomonatseinkommen. Zu den reichsten Einkommensbezieher gehörte danach 2010 ein Single bereits ab einem Nettomonatseinkommen von 3.009 Euro, ein Paar mit einem Einkommen von 4.514 Euro und eine Familie mit zwei Kindern ab 6.319 Euro.

Institut der deutschen Wirtschaft Köln



• **Die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung.** Wer als Single monatlich mindestens 3.009 Euro ausgeben kann, zählt bereits zu den Vielverdienern. Eine Familie mit zwei Kindern, die mindestens 6.319 Euro zur Verfügung hat, ist ebenfalls einkommensstark.

Im Durchschnitt beträgt das Nettoeinkommen des zehnten Dezils 4.300 Euro; das Monatsbrutto entspricht 5.700 Euro.

Vor allem Paare ohne Kinder sind in dieser Gruppe stark vertreten – jeder zweite der insgesamt 4 Millionen Vielverdiener-Haushalte gehört zur Gruppe der DINKY (Dual Income, No Kids Yet).

In fast jedem fünften einkommensstarken Haushalt lebt ein Paar mit Kindern – darin unterscheidet sich das oberste Zehntel nicht von

der Gesamtbevölkerung. Single-Haushalte und Alleinerziehende sind dagegen im obersten Einkommensdezil unterrepräsentiert.

Anders als landläufig angenommen wird, beziehen „die Reichen“ ihr Einkommen nicht vorwiegend aus Kapitalanlagen und Vermögen. Sie verdienen ihr Geld oft als leitende Angestellte (Grafik). Auch Selbstständige, die Mitarbeiter beschäftigen, sowie Pensionäre und Beamte gehören zum obersten Dezil.

• **Das reichste Prozent.** Wer als Single mehr als 6.051 Euro im Monat zur Verfügung hat, gehört zu dieser Gruppe. In 100.000 der insgesamt 370.000 reichsten Haushalte wird das Geld durch leitende Angestellte verdient, in weiteren rund 100.000 Haushalten durch Selbstständige – in der Regel Freiberufler.

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
 Institut der deutschen Wirtschaft Köln
Chefredakteur: Axel Rhein
Stellv. Chefredakteur: Klaus Schäfer (verantwortlich)
Redaktion: Andreas Wodok (Textchef), Irina Berenfeld, Vanessa Dahm, Berit Schmiedendorf, Sara Schwedmann, Alexander Weber
Redaktionsassistentz: Ines Pelzer
Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen
Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iw@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich
Bezugspreis: € 8,67/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer
Aboservice: Therese Hartmann, Telefon 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de
Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445
Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim

Dem iwD wird einmal monatlich (außer Juli und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.
 Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
 Rechte für elektronische Pressespiegel unter: www.pressemonitor.de

iw.KÖLN.WISSEN
 SCHAFFT KOMPETENZ.